



Brief aus Berlin

Ausgabe 7|2015

Neues aus der Bundespolitik von Ihrer Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber

Netzausbau: Grafenrheinfeld wird entlastet

Einsatz für die Region hat sich gelohnt



Liebe Leserinnen und Leser,

die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der Sommerpause verlief noch einmal richtig turbulent: Neben der Griechenland-Krise prägte auch die für die Region wichtige Entscheidung zur Energiewende die Woche. Die Parteivorsitzenden der Großen Koalition haben sich beim Koalitionsgipfel am Mittwoch im Kanzleramt auf Eckpunkte für den Ausbau der Stromnetze geeinigt.

Der Netzverknüpfungspunkt Grafenrheinfeld wird nachhaltig entlastet. Die Stammstrecke der Stromtrasse Sued-Link wird nicht durch den Landkreis führen. Der SuedLink besteht aus den zwei Leitungen Brunsbüttel nach Großgartach sowie Wilster nach Grafenrheinfeld. Beide Leitungen sollen gebündelt von Nord nach Süd geführt werden (Stammstrecke). Diese Stammstrecke mit den zwei Leitungen wird nicht über Grafenrheinfeld führen. Stattdessen werden die Netzbetreiber dafür eine Trassenvariante vorlegen, die nicht über Bayern nach Großgartach (Baden-Württemberg) läuft. Das heißt, dass keine SuedLink-Leitung von Grafenrheinfeld nach Großgartach führen wird. Nach Grafenrheinfeld wird die Bundesnetzagentur lediglich einen Abzweig mit einer Leitung planen. Dabei wird die Erdverkabelung künftig Vorrang haben, das heißt, es wird zuerst geprüft, ob eine Verlegung des Kabels in die

Erde möglich ist. Außerdem wird geprüft, ob der Abzweig weitestgehend auf Bestandstrassen geführt werden kann. Besonders schützenswerte Bereiche sollen vermieden und Varianten mit den geringsten Eingriffen für die Wohnbevölkerung sowie Natur und Landschaft gefunden werden. Um eine weitere Entlastung der Region Grafenrheinfeld zu erreichen, werden die geplanten Wechselstrom-Trassen von Mecklar nach Grafenrheinfeld (P 43) sowie von Altenfeld nach Grafenrheinfeld (P 44) nicht in Grafenrheinfeld enden. Stattdessen werden die Netzbetreiber aufgefordert, Alternativen mit neuen Endpunkten zu entwickeln und diese entlang von Bestandstrassen zu führen. Somit konnten wir von den vier geplanten Neubautrassen nach Grafenrheinfeld drei verhindern (möglicher SuedLink Grafenrheinfeld-Großgartach, P 43, P 44). Der Einsatz für die Region hat sich damit aus meiner Sicht gelohnt.

Zwar konnte die Maximalposition der bayerischen Staatsregierung nicht durchgesetzt werden. Jedoch wurde ein guter Kompromiss erzielt, der ein großer Schritt in die richtige Richtung ist. Es war wichtig, dass wir die Überlastung des Netzverknüpfungspunktes Grafenrheinfeld mit einer Delegation aus dem Landkreis, zum richtigen Zeitpunkt, im April dieses Jahres, am richtigen Ort, im Bundeswirtschaftsministerium, vorgebracht haben.

...weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1...

Gemeinsam mit Staatssekretär Gerhard Eck haben wir in München und Berlin für unsere Heimat gekämpft. Auch Ministerpräsident Seehofer hat sich bei den nicht einfachen Verhandlungen mit Bundeswirtschaftsminister Gabriel unsere Argumente zu Eigen gemacht. Damit haben wir erreicht, dass der Netzverknüpfungspunkt Grafenheinfeld nachhaltig entlastet und Grafenheinfeld somit nicht zur Stromdrehzscheibe Deutschlands wird. Außerdem haben wir es geschafft, dass nicht die Freileitung sondern die Erdverkabelung Vorrang hat und eine Führung entlang von Bestandstrassen geprüft wird.

Nun müssen die Netzbetreiber und die Bundesnetzagentur

ihre Planungen von Neuem beginnen. In der Bundesfachplanung und im anschließenden Planfeststellungsverfahren wird gemeinsam mit den Bürgern und Verantwortlichen vor Ort eine Lösung gefunden, die die geringste Beeinträchtigung für die Wohnbevölkerung sowie Umwelt und Natur auslöst. Diesen Prozess werde ich mit den Verantwortlichen vor Ort weiterhin intensiv begleiten.

Herzliche Grüße,



Dr. Anja Weisgerber MdB

Anja Weisgerber mit 100 Prozent im Amt bestätigt

Neuwahlen bei der Frauen-Union Unterfranken

Bei der Bezirksversammlung der Frauen-Union (FU) Unterfranken in Zelllingen blickte der Bezirksverband auf zwei ereignisreiche und erfolgreiche Jahre zurück. „Wir können stolz auf das Erreichte sein: Die Frauen-Union hat die Junge Union als größte Arbeitsgemeinschaft der CSU in Unterfranken abgelöst und im neuen CSU-Bezirksvorstand sind 50 Prozent Frauen. Damit haben wir die satzungsgemäße Quote von 40 Prozent sogar übererfüllt, weil die Frauen so gut gewählt wurden“, begrüßte die FU-Bezirksvorsitzende Dr. Anja Weisgerber MdB über 100 Delegierte und Gäste aus ganz Unterfranken und ertete dafür großen Applaus. „Außerdem haben wir bei all den Themen, die wir angestoßen haben – z. B. der Mütterrente, dem letzten kostenlosen Kindergartenjahr und der Hospiz- und Palliativversorgung – etwas erreicht. Das zeigt auch den Frauen, dass es sich lohnt, wenn man sich bei der Frauen-Union inhaltlich einbringt“, so die FU-Bezirksvorsitzende.



Bei den Neuwahlen wurde Dr. Weisgerber mit 100 Prozent für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. In ihrem Rechenschaftsbericht blickte sie auf die vergangenen beiden Jahren zurück, in denen die Wahlen auf allen Ebenen sowie die Themen Frauenförderung, Pflege sowie die Hospiz- und Palliativversorgung im Mittelpunkt standen. „Ich freue mich wirklich sehr über das Ergebnis und danke allen Delegierten für das großartige Vertrauen. Gemeinsam mit den Orts- und Kreisverbänden haben wir in den letzten zwei

Jahren viel geschafft. Auch in den nächsten beiden Jahre werde ich mich gerne als Anwältin der Frauen einsetzen“, so Weisgerber nach der Wahl. Auch die vier stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Bürgermeisterin Edeltraud Baumgartl (Schweinfurt-Land), Bürgermeisterin Marianne Krohnen (Aschaffenburg-Land) Bezirksrätin Karin Renner (Bad Kissingen) und Ute Ulbrich (Haßberge) wurden im Amt bestätigt.

Als Gäste begrüßten die Frauen Landtagspräsidentin Barbara Stamm MdL, die über die Leitplanken für die Zukunft sprach. Sie stellte heraus, dass „Menschenwürde in allen Lebensphasen, Solidarität als Grundpfeiler unserer Sozialen Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit maßgebende Werte für die Zukunft“ sein müssen. Besonders die Nachhaltigkeit sei wichtig, denn „wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen“. Emmi Zeulner, Bundestagsabgeordnete und Berichterstatterin für Hospiz- und Palliativversorgung im Deutschen Bundestag, sprach über die aktuelle politische Debatte in diesem Bereich. „Es gilt, allen Menschen in Deutschland die Errungenschaft der Hospiz- und Palliativversorgung zugänglich zu machen. Insbesondere im ländlichen Raum existieren noch weiße Flecken. Um auch diese Lücken zu schließen, wollen wir mit dem neuen Gesetz die Hospiz- und Palliativversorgung auch im ländlichen Raum – unter anderem durch finanzielle Mittel stärken“, so Zeulner.

Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und Digitale Infrastruktur Dorothee Bär MdB plädierte für die Einführung der PKW-Maut so wie sie der Bundestag und der Bundesrat verabschiedet haben, denn sie sorgt für mehr Gerechtigkeit auf den europäischen Straßen. Außerdem kritisierte sie in ihrem Grußwort unter anderem die EU-Kommission im Umgang mit der PKW-Maut. „Die aktuelle politische Lage in Europa ist voller großer Herausforderungen: Griechenlandkrise, Euro, Flüchtlinge. Angesichts dessen ist es bemerkenswert, mit welchem Engagement die EU sich mit einem nationalen Gesetz zur Einführung einer Infrastrukturabgabe beschäftigt“, so Bär.

Regeln zu Neuanpflanzungen schützen Steillagen

Bundestag verabschiedet Novelle des Weinggesetzes



Der Bundestag hat am Donnerstag das Gesetz verabschiedet, mit dem das EU-Genehmigungssystem für Rebanpflanzungen umgesetzt wird.

„Auf EU-Ebene habe ich mich über Jahre hinweg dafür eingesetzt, dass die Pflanzrechte im Weinbau so weit wie möglich erhalten bleiben und es nicht zu einer Liberalisierung des Weinbaus kommt. Eine unkontrollierte Flächenzugabe hätte dazu geführt, dass Wein stärker in den flachen Lagen angebaut wird und die Steillagen nicht mehr in der Form bewirtschaftet werden. Steillagen prägen unsere fränkische Kulturlandschaft, diese gilt es zu erhalten. Gestern haben wir das Neunte Gesetz zur Änderung des Weinggesetzes beschlossen, mit dem das EU-Genehmigungssystem für Rebanpflanzungen umgesetzt wird. Auch bei der Diskussion im Bundestag habe ich für die Interessen unserer Winzer gekämpft und ich bin froh, dass wir ein gutes Ergebnis erzielen konnten“, so die Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber.

Nach EU-Recht müssen die Mitgliedstaaten jährlich Genehmigungen für Neuanpflanzungen in Höhe von einem Prozent der tatsächlich mit Reben bepflanzten Gesamtfläche zur Verfügung stellen. Die Mitgliedstaaten haben jedoch die Möglichkeit, einen niedrigeren Prozentsatz festzulegen, wenn Überangebot oder eine Wertminderung von Weinen mit Herkunftsschutz drohen.

Von dieser Möglichkeit hat die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf Gebrauch gemacht. Die Koalitionsfraktionen haben sich nun darauf geeinigt, dass die Obergrenze für Neuanpflanzungen in den Jahren 2016 und 2017 auf 0,3 Prozent der Weinanbaufläche in Deutschland festgelegt wird. Zudem wird eine Sonderregelung geschaffen, mit der sichergestellt wird, dass auch in Bundesländern mit kleiner Weinanbaufläche Neupflanzungen erfolgen können. Allen Flächenländern wird dafür ein Mindestanteil von bis zu 5 Hektar Neuanpflanzungsfläche bei der Genehmigung von Anträgen zugewiesen.

Durch die Festlegung des Prioritätskriteriums ‚Steillage‘ wird der Winzer bei der Genehmigung von Neuanpflanzungsanträgen bevorzugt, der in der Steillage anbauen will. Zudem wird die Bundesregierung in einem Entschließungsantrag aufgefordert, sich in Brüssel bei jeder weiteren Gesetzgebung für einen nachhaltigen Erhalt des Weinbaus in der Steillage einzusetzen, so dass ein Abwandern des Anbaus von der Steillage in die Flachlage verhindert werden kann. „Ich freue mich, dass wir nun bei der Umsetzung eine gute Lösung gefunden haben, die den Winzern, die es wünschen, erlaubt, ihren Betrieb zu erweitern, aber dennoch unser Kulturlandschaftsbild erhält“, so Weisgerber abschließend.

Guter Tag für Mieterinnen und Mieter

Bundestag beschließt Reform des Wohngeldes

Der Deutschen Bundestags hat in seiner Sitzung am Donnerstag die Reform des Wohngeldes beschlossen. „Mit dem heutigen Gesetzespaket werden die Leistungen des Wohngeldes zum 1. Januar nächsten Jahres an die allgemeine Miet- und Einkommensentwicklung angepasst. Wohnen ist teurer geworden. Gerade in unseren Ballungsräumen und Universitätsstädten sind die Mieten in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Insbesondere für einkommensschwache Haushalte, für Rentner und Alleinerziehende ist es immer schwieriger geworden, überhaupt bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir haben zur Wahl versprochen: Wohnen in Deutschland bleibt bezahlbar. Dieses Versprechen haben wir nun umgesetzt“, erklärt die zuständige Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Anja Weisgerber. „Heute ist ein guter Tag für Mieterinnen und Mieter in Deutschland. Von der Wohngeldreform profitieren ca. 870.000 Haushalte. Darunter sind etwa 90.000

Haushalte, die vorher auf Grundsicherung angewiesen waren. Damit einkommensschwache Haushalte nicht immer wieder in die Grundsicherung zurückfallen, fordern wir die Bundesregierung in einem Begleit Antrag auf, zu prüfen, wie dieser so genannte Drehtüreffekt künftig abgemildert werden kann“, betont Weisgerber.

Hintergrund

Mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Gesetzentwurf wird die Wohngeldleistung gegenüber den zuletzt im Jahr 2009 festgelegten Sätzen um durchschnittlich 39 Prozent angehoben. Hierbei wird auch dem Anstieg der Heizkosten Rechnung getragen. Die Miethöchstbeträge werden im neuen Wohngeldgesetz regional gestaffelt, um der regional äußerst unterschiedlichen Entwicklung der Mieten gerecht zu werden. Vor Inkrafttreten des Gesetzes muss noch der Bundesrat seine Zustimmung erklären.

Wahlkreiswanderung 2015 „Mit Anja auf Tour“

Vom 24. bis 26. Juli 2015 schnürt Dr. Anja Weisgerber zum zweiten Mal die Wanderstiefel



Freitag, 24. Juli 2015 (Wanderung ca. 8 km)

13.30 Uhr Eintreffen der Wanderer in **Pfändhausen** vor der Pizzeria „á la Giorgio“ (Milchhöfer Str. 29, 97456 Dittelbrunn-Pfändhausen), Begrüßung durch den CSU-Ortsvorsitzenden Claus Liebsch und Bürgermeister Willi Warmuth
14.00 Uhr Start der Wanderung durch das Wald- und Wiesengebiet „Brönnhof“. **Führung und Erklärung** durch Forstdirektor Godfried Schwartz, Revierleiter Christoph Spiekermann, Christian Stöwer vom Bundesforstbetrieb sowie Jörg Steinhoff von der Höheren Naturschutzbehörde.

Kleine Erfrischung an der Jagdhütte, anschl. Rückweg nach **Pfändhausen**

ca. 17.30 Uhr Schlusshock in der Pizzeria „á la Giorgio“ in Pfändhausen (für die Wandergruppe sind Plätze reserviert)

Samstag, 25. Juli 2015 (Wanderung ca. 8 km)

9.30 Uhr Start in **Schonungen**, Schiffsanlegestelle (Jahnstraße 4, 97453 Schonungen, neben der Gaststätte „Alban Park“), Begrüßung durch die CSU-Ortsvorsitzende Christina Westerhausen

Start der Wanderung, durch das **Sanierungsgebiet Sattler-Altlasten**, **Besichtigung und Erklärung** durch Thomas Benz vom Umweltamt

weiter nach **Hausen bei Schonungen**, Begrüßung durch den CSU-Ortsvorsitzenden Roland Frühwacht, **Mittagsimbiss** in der „Alten Schule“

12.30 Uhr Wanderung zurück über den **Kaltenhof** nach **Schonungen**

14.00 Uhr Schifffahrt auf dem Main zusammen mit der Frauen-Union und der Kreisvorsitzenden Martina Gießübel mit Team (Abfahrt: 13.30 Uhr Schweinfurt, Gutermann-Promenade, 14.00 Uhr Schonungen, Schiffsanlegestelle Jahnstraße)

Bei Kaffee und Kuchen nach **Haßfurt**, Begrüßung durch die FU-Kreisvorsitzende Ute Ulbrich, die CSU-Ortsvorsitzende Sandra Grimm und den CSU-Kreisvorsitzenden Steffen Vogel MdL, **Rast bei einem Haßfurter Schoppen**, Möglichkeit zur Besichtigung der Ritterkapelle (ca. 5 Minuten Fußweg), Rückfahrt mit musikalischer Begleitung und **Wirtshaussingen** – Ankunft ca. 19.00 Uhr in Schonungen, ca. 19.30 Uhr in Schweinfurt, Gutermann-Promenade

Kosten für die Schifffahrt: 10 Euro pro Person

Sollten Sie daran teilnehmen, melden Sie sich bitte unbedingt an, da die Teilnehmerzahl begrenzt ist.

Sonntag, 26. Juli 2015 (Wanderung ca. 9 km)

13.30 Uhr Eintreffen der Wanderer am Schloss in **Markt Einersheim** (Von-Rechteren-Limpurg-Straße, 97348 Markt Einersheim), Begrüßung durch den CSU-Ortsvorsitzenden Dr. Bent Hanel

14.00 Uhr Start der Wanderung, vorbei an der **Domherrnmühle** und über die **Vogtmühle** nach **Mönchsondheim** zum Kirchenburgmuseum

Kaffeepause an der Museumsschänke der Kirchenburg, Möglichkeit zur **Besichtigung des Kirchenburgmuseums**, Führung durch den Museumsleiter Reinhard Hüßner

ca. 16.30 Uhr Wanderung zurück durch die Wiesen des Breitbachtals, vorbei an der **Steinmühle** und der **Schwarzühle** nach **Markt Einersheim**

ca. 18.00 Uhr Schlusshock in Markt Einersheim auf dem Weinfest „Festival der Weine“ (für die Wandergruppe sind Plätze reserviert)

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Ihre Anmeldung, damit wir besser planen können. Insbesondere für die Schifffahrt am Samstag ist eine Anmeldung notwendig, da die Teilnehmerzahl auf dem Schiff begrenzt ist:

Wahlkreisbüro Dr. Anja Weisgerber MdB

Telefon: 09723 934370

anja.weisgerber@bundestag.de

Bundestagsbüro

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 227 79344, Fax: 030 227 76343

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Reden und Videos auf AnjaTV:

www.youtube.com/user/anjaweisgerber

Wahlkreisbüro

Schweinfurt-Kitzingen

Karl-Götz-Straße 17, 97421 Schweinfurt

Tel.: 09723 934370, Fax: 09723 934385

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Mehr Informationen auf meiner Internetseite:

www.anja-weisgerber.de